

Über Klassenanalyse, Klasseninteressen und „kommunistische Klassenpolitik“

Was die anstehenden Diskussionen über euer Thesenpapier-Klassenblock anbetrifft, so sehe ich hier nach mehrfacher Lektüre recht große Widersprüche. Teilweise mag das an missverständlichen Formulierungen liegen, aber es stehen da eine ganze Reihe kerniger Aussagen drin, die ich überhaupt nicht teilen kann und für falsch halte. Das hat sowohl mit meinen Erfahrungen als „Arbeiterkind“, denen als Lohnarbeiter in der Industrie, vor allem aber mit meiner eigenen mittlerweile Jahrzehnte dauernden theoretischen Arbeit und ihren ausformulierten Ergebnissen zu tun. Ich will mein Unbehagen, an dem, was ihr da ausformuliert habt, wenigstens ansatzweise aufschreiben und versuchen mich verständlich zu machen.

Wenn man „kommunistische Klassenpolitik heute“ mit so wenigen Leuten entwickeln will, dann ist das erstmal ein rein theoretisches Projekt. Will man sich dabei auf Marx beziehen, dann sollte man sich darüber verständigen, was der unter Klassenkampf verstand, und ob man das teilt. Die meisten Linksradikalen heute verstehen nämlich unter Klassenkampf in Kern einen radikalisierten ökonomischen Kampf von Belegschaften.

Die marxistischen Programme (Erfurter Programm und Programm der SDAPR) machen im allgemeinen Teil und in den Reformforderungen deutlich, was Klasseninteressen der Lohnarbeiter:innen sind ... und der Kampf der Lohnarbeiter:innen kann sich nur unter solchen Zielen zum Klassenkampf entwickeln. Diese Interessen der Klasse ergeben sich aus der sehr allgemeinen marxischen Klassenanalyse. Im Gegensatz zu eurer Herangehensweise gehe ich von dieser allgemeinen Bestimmung der Klassen aus, was auch meinem Verständnis der Kritik der politischen Ökonomie entspricht. Von da aus wäre zu klären, inwieweit sich die sozialen Widersprüche verschärfen und in wieweit das nicht passiert. Statt meiner Einmischung in die mündliche Diskussion folgt also nun eine verkürzte Kritik eures Textes zur Klassenanalyse. Dabei gehe ich nicht besonders ein auf meine Position zur Verschärfung ökonomischer und sozialer Widersprüche, sondern konzentriere mich auf die Aspekte, die dieser angeblich kontinuierlichen Verschärfung von Widersprüchen widersprechen.¹

1 Ich habe in vielen meiner Manuskripte die Verschlechterungen von Arbeits- und Lebensumständen angesprochen, etwa in Deutschland die Einführung eines ausgedehnten Niedriglohnsektors mit den sogenannten „Arbeitsmarktreformen“. Im Unterschied zu den von mir kritisierten Positionen ist mir aber die positive Wirkung dieser Maßnahmen auf die Kapitalakkumulation bewusst. Diese Konterreformen haben dazu geführt, dass Einzelkapitale existieren und weiter existieren können, die ganz auf solche Niedriglöhne, Umgehung von Standards der Arbeitssicherheit etc. angewiesen sind. Die Kapitalakkumulation insgesamt stranguliert sich eben nicht selbst wegen niedriger Löhne, wie es in den Thesen heißt. Ich komme weiter unter darauf noch zu sprechen.

Die wesentlichen Merkmale der 3 Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft und ihre Bedeutung für Klasseninteressen

Begonnen hätte ich mit dem Ergebnis der marxschen Klassenanalyse, wie man sie im von Engels heraus gegebenen Band 3 des Kapitals findet:

„Die Eigentümer von bloßer Arbeitskraft, die Eigentümer von Kapital und die Grundeigentümer, deren respektive Einkommensquellen Arbeitslohn, Profit und Grundrente sind, also Lohnarbeiter, Kapitalisten und Grundeigentümer, bilden die drei großen Klassen der modernen, auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden Gesellschaft.“ MEW Bd. 25, S. 892

Das sind die allgemeinsten, grundlegenden Bestimmungen der Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft. Wie die gesamte allgemeine Kapitaltheorie die kapitalistische Produktionsweise nur in ihrem „idealen Durchschnitt“ , also auf einem hohen Abstraktionsniveau, darstellen und kritisieren will, so erfasst auch die darauf gegründete Klassenanalyse, die Klassen nur in ihren allgemeinsten grundlegenden Bestimmungen. Das mindert jedoch nicht die Bedeutung dieser allgemeinen Bestimmungen.

Dieses Zitat mit den allgemeinsten Bestimmungen der Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft taucht bei euch nicht einmal auf. Stattdessen verweist ihr auf Chibber, den ich nicht kenne, und dessen Interpretationen von Kapital Bd. 1. Dafür fehlt in euren Betrachtungen jeder Verweis auf Grundbesitz und GrundbesitzerInnen als Klasse ... und dass obwohl die Klasse der Lohnarbeiter:innen es nicht nur mit der Klasse der KapitalbesitzerInnen zu tun bekommt, sondern über das Mietverhältnis eben auch mit dieser Klasse der GrundbesitzerInnen.

Wenn man Klassenanalyse betreiben will, um „Klassenpolitik“ zu entwickeln, also eine Politik im Interesse der Lohnarbeiter:innen insgesamt, dann muss man sich auch mit dem modernen Grundbesitzverhältnissen beschäftigen. Das wurde beispielsweise sehr deutlich in den Auseinandersetzungen in Berlin um „Deutsche Wohnen enteignen“! So nebenher Mieterinitiativen erwähnen, ist schlechte Grundlage für „Klassenpolitik“.

Will man ernsthaft „Klassenpolitik“ entwickeln, dann müssen aus meiner Sicht diese grundlegenden Bestimmungen der Klassen der Ausgangspunkt dafür sein, denn daraus ergeben sich die unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen der 3 Hauptklassen. Grundlegende Unterscheidungsmerkmale sind:

- das Kommando über fremde Arbeitskraft (erleiden oder Kommandomacht ausüben)
- Geldeinkommen, die sich an notwendigen Reproduktionskosten orientieren und solchen, die diversen Luxus erlauben (Gegensatz von arm und reich)

Auf Basis der unterschiedlichen Einkommensarten und der unterschiedlichen Größe der Geldeinkommen:

- Unterschiedliche Wohnverhältnisse (Wohneigentum und Mietverhältnisse)
- Unterschiedlicher Zugang zu Bildung
- Unterschiedliche Vorsorge im Krankheitsfall und unterschiedliche Art der Versorgung im Krankheitsfall
- Unterschiedliche Vorsorge für das Alter und unterschiedliche Höhe des verfügbaren Geldes im Alter
- Unterschiedliche Art der Bedrohung des Verlustes der Revenue (Pleite, Arbeitslosigkeit) und der Vorsorge für diesen Fall

usw.

Die Klasseninteressen der besitzenden Klassen sind grundsätzlich bestimmt durch das Privateigentum. Dem entspricht beispielsweise, dass Aufstiegschancen, Vorsorge für Notsituationen grundsätzlich als Privatsache betrachtet werden und auch als Privatsache erledigt werden können. Für die Klasse der Lohnarbeiter:innen ist dagegen unterhalb der Schwelle einer sozialen Revolution (Klassengegensätze, beruhend auf dem Kommando über fremde Arbeitskraft und die damit verbundene Ausbeutung beseitigen) kostenloser Zugang zur Bildung² und Vorsorge für Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter durch „Solidarkassen“ von grundlegendem Interesse.³

Das gilt unabhängig davon, ob diese „Solidarkassen“ staatlich kontrolliert und verwaltet werden oder nicht! Die Revenueform Lohn selbst schließt etwa privat bezahlte weiterführende Bildung sowie private Vorsorge für Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter weitgehend aus.

Die hier kurz benannten Aspekte des gesellschaftlichen Lebens in der modernen Klassengesellschaft, sind wesentliche Bereiche von „Klassenpolitik“, einer Politik, die sich an den **Gesamtinteressen der Klasse der Lohnarbeiter:innen** orientiert. Wie schroff oder abgemildert die Gegensätze zwischen den Lohnarbeiter:innen und den besitzenden Klassen sind, hängt nicht zuletzt davon ab, inwiefern es gelungen ist, den Zugang zu weiterführender Bildung auch für Lohnarbeiter:innen und ihre Kinder zu ermöglichen und inwiefern die besitzenden Klassen – bzw. ihre organisierte politische Macht – gezwungen wurden, „Solidarkassen“ für Notsituationen von Lohnarbeiter:innen zu akzeptieren und die Höhe der „Transferzahlungen“ tatsächlich vor Not und Elend schützen. (Im Falle von Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit wird die Notlage zusätzlich verringert durch

2 Ich gehe hier nicht weiter ein auf die unterschiedlichen Interessen an Veränderung oder Bewahrung der heutigen Bildung und Ausbildung, samt der dazugehörigen Einrichtungen selbst. Allein schon in den Auseinandersetzungen um Gesamtschulen und das alte dreigliedrige Schulsystem traten und treten unterschiedliche Klasseninteressen hervor.

3 Ich gehe hier auch nicht weiter ein auf die Fragen der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes (Umgang mit Gefahrstoffen), die natürlich speziell für Lohnarbeiter:innen der industriellen Warenproduktion und des Handwerks von Bedeutung sind.

die erkämpfte befristete Lohnfortzahlung.) Zieht man eine soziale Bilanz in Ländern wie Deutschland, dann ist der Klassengegensatz durch den „Sozialstaat“ über Jahrzehnte zweifellos entschärft. Die benannten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens bleiben aber immer umkämpft, und es hängt letztlich entscheidend von der ökonomischen Entwicklung ab, wie sich der Klassengegensatz entwickelt und ob es zu großen Klassenkämpfen kommt. Die ökonomische Entwicklung entscheidet letztlich, was vom „Sozialstaat“ bleibt. Entschärft wurde der Klassengegensatz auch speziell durch die Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit. Jeweils durchgesetzt gegen den Widerstand des Kapitals. Gerade die Reduzierung der normalen wöchentlichen Arbeitszeit von 6 auf 5 Tage bedeutete – neben der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – einen enormen sozialen Fortschritt in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg!! Einen Fortschritt, den jüngere Generationen, die die Zeit vor diesen sozialen Reformen nicht erlebt haben, kaum angemessen bewerten.

Auf Seite 19 eurer Textgrundlage zum Klassenblock führt ihr aus, was es eurer Meinung nach heißt, die „Gesamtinteressen der Klasse“ zu vertreten. Ich gestehe, dass ich nicht verstehe, was das, was ihr da aufgeschrieben habt, mit den Gesamtinteressen der Klasse der Lohnarbeiter:innen und einer entsprechenden Politik zu tun haben soll! Ihr habt nirgendwo auch nur den Versuch unternommen, Klasseninteressen von Lohnarbeiter:innen zu formulieren oder doch wenigstens die gesellschaftlichen Felder zu benennen, in denen „Klassenpolitik“ aktiv werden und sich beweisen muss. Dafür habt ihr euch große Mühe gegeben, die „Heterogenität der Klasse“ der Lohnarbeiter:innen herauszuarbeiten und ihr zitiert schließlich ohne alle Kritik sogar Leute, die eine „homogene Strategie“ im Interesse der Arbeiterklasse für „kaum möglich“ halten. Dieses Zitat steht im Abschnitt über „kommunistische Klassenpolitik heute“ (!!!!):

„Es ist kaum möglich, eine homogene Strategie für eine heterogene Arbeiterschaft zu entwickeln. Das Problem stellt sich noch stärker, wenn verschiedene Sektoren und Branchen involviert sind. Nehmen wir wieder das Beispiel der Jeansproduktion. Da gibt es Kleinbauern, Plantagenarbeiter, Bergarbeiter und so weiter.

Hinzu kommt, dass es gegensätzliche Interessen geben kann. Die Frauen in Tunesien, die die Jeans zusammennähen, haben - wie auch die Konsumenten - ein kurzfristiges, materielles Interesse daran, dass die Bauern in Benin oder Pakistan und die Zinkarbeiter in Australien niedrige Löhne bekommen. [. . .] Weil dann die Profitrate für die Jeansfabrik in Tunesien höher ist. Damit steigt die Stellensicherheit für die Arbeiterinnen und somit auch ihre Möglichkeit, Lohnerhöhungen zu fordern. Das sind kurzfristige, materielle gegensätzliche Interessen, die nicht so leicht zu überbrücken sind. Es sei denn,

man kann eine Gewerkschaftspolitik entwickeln, die Arbeiterinnen und Arbeiter mit einer eher langfristigen Perspektive mobilisiert. (Tügel und van der Linden 2017)“

Wenn es so wäre, wie die beiden famosen Ökonomen hier schreiben, dann müssten die ArbeiterInnen der Jeansfabrik auch ein Interesse daran haben, dass ihre eigenen Löhne niedrig sind und bleiben. Schließlich würden sie die in Aussicht gestellte Erhöhung der Profitrate der Jeansfabrik durch ihre möglichen Lohnerhöhungen gleich wieder zunichte machen.

Ökonomischer Unfug ist das hier geschriebene Zeug aber noch aus einem ganz anderen Grund. Die niedrigen Löhne der Zulieferbetriebe der Jeansfabrik sind nämlich keinesfalls eine Garantie für hohe Profitrate der Jeansfabrik. Am Ende der Lieferkette, zu der die Jeansfabrik gehört, stehen die großen Handelskapitale und deren Beherrschung dieser Lieferkette entscheidet letztlich wer wie viel vom in der gesamten Lieferkette erzeugten Mehrwert realisieren kann. Mag die Jeansfabrik auch billiger einkaufen wegen der niedrigen Löhne ihrer Zulieferer, sie bestimmt nicht den **Abnahmepreis**, zu dem die Handelskapitale die Jeans kaufen. Dieser Preis aber entscheidet letztlich, ob sie eine höhere Profitrate realisieren können!!! Drücken die großen Handelskapitale „am Ende der Nahrungskette“ auf die Preise, – was sie gerne machen – dann ist die „versprochene“ höhere Profitrate der Jeansfabrik wieder futsch. Was Tügel und van der Linden hier aufgeschrieben haben, ist eine willkürliche Konstruktion ... akademischer Quark.

Ich habe als Technischer Redakteur längere Zeit das Büro mit dem technischen Einkauf eines Anlagenbauunternehmens geteilt und konnte hier immer wieder Mäuschen spielen, wenn beim Einkauf auf Anordnung von oben „Savings“ gemacht werden sollten. Das Interesse, um das es da ging, war immer nur ein niedrigerer Einkaufspreis. Wie der Lieferant das dann hin bekommt, seine Kosten zu reduzieren, war unseren technischen Einkäufern schnuppe. Ob denen das gelingt durch Lohnsenkungen oder auf anderem Wege, das war nie Thema. Wenn schon die technischen Einkäufer keinerlei Interesse an Lohnsenkungen bei den Lieferanten entwickelten, wieso sollten das die anderen Lohnarbeiter:innen „in unserem Laden“ tun, weil sie sich sorgen um die Profitrate machen??? Ich kann mich nicht erinnern, in all den Jahren in der Industrie, jemals damit konfrontiert gewesen zu sein, dass KollegInnen ein Interesse daran entwickelt hätten, dass in Zulieferbetrieben die Löhne gesenkt werden.

Abschließend hierzu:

Wenn die beiden Ökonomen recht haben damit, dass es kaum möglich ist, „*eine homogene Strategie für eine heterogene Arbeiterschaft zu entwickeln*“, dann wären alle Bemühungen um eine „kommunistische Klassenpolitik heute“ vergebens ... und ihr solltet eure Initiative einstellen!! Schon so elementare, „homogene“ Klassenforderungen, wie etwa Rente mit 60, hätten keine Chance auf Unterstützung.

Über die Heterogenität der Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise (speziell der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung) und den durch sie erzeugten Klassenkämpfen, hat sich das Aussehen der Klassen erheblich gewandelt, haben sie sich ausdifferenziert. Gerade dieser Wandel macht es erforderlich, nicht bei den allgemeinsten Bestimmungen der drei Hauptklassen stehen zu bleiben. Von daher ist es schon angebracht, sich mit Ausdifferenzierungen, Heterogenität von Klassen, der Existenz von Zwischenschichten, die nicht einfach unter die allgemeine Kennzeichnung zu subsumieren sind, zu beschäftigen.

Schon Marx zeigt ja, wie die Verselbständigung bestimmter Funktionen des industriellen Kapitals zu besonderen Geschäftszweigen (Handelskapital, Bankkapital), zur Differenzierung der Klasse der KapitalbesitzerInnen führt. Das setzt sich fort mit der Entwicklung des Aktienkapitals, in dem sich Kapitalbesitz und die leitenden Funktionen in den Unternehmen voneinander trennen. Neben die BesitzerInnen von Kapital treten die ManagerInnen oder das Management. Diese Trennung schließt allerdings nicht aus, dass die ManagerInnen auch MitbesitzerInnen des „Gesellschaftskapitals“ sind. Die Top-ManagerInnen erhalten in aller Regel Aktienpakete oder Fondsbeteiligungen zur Aufbesserung ihres „schmalen Lohnes“. Neben ihrer Revenue des „Lohnes“ sind sie also per Dividende oder Rückkaufaktionen von im „Wert“ gestiegenen Aktien am Profit beteiligt. Mit einigem „Entsetzen“ habe ich jetzt in Discord den Einwand gegen mich gelesen, dass auch die ManagerInnen einen „Lohn“ erhalten. Dieses von der „fundamentalen Wertkritik“ in die Welt gesetzte Märchen scheint mittlerweile linkes Gemeingut zu sein.

Wenn Marx aus Sicht der Kritik der politischen Ökonomie von Lohn spricht, dann meint das den Preis für die Ware Arbeitskraft, der durch den Wert reguliert ist. Dieser Lohn ist also nicht bloß eine Form, sondern er ist inhaltlich bestimmt!!! Die Managergehälter von Geschäftsführungen haben überhaupt nichts zu tun mit dem Wert von Ware Arbeitskraft. Alles, was über das Gehalt eines durchschnittlichen Ingenieurs oder einer beliebigen anderen überdurchschnittlichen Qualifikation hinausgeht, über die die ManagerInnen verfügen, ist Beteiligung am Profit. Mehr soll an dieser Stelle nicht dazu gesagt werden.

Doch weiter:

In den letzten Jahrzehnten „chronischer Überakkumulation“, die angeblich **nur** noch Verdrängungswettbewerb ohne Wachstum der Mehrwert- und Profitmasse zulasse, haben wir ja die Entstehung und das enorme Wachstum neuer gigantische Industriekapitale erlebt, deren realisierte Profitmassen wir ständig bestaunen. Das fing an mit IBM und Intel, zu denen sich dann Microsoft gesellte. Heute bestaunen wir den „Wert“ und die Profite von Apple, Google, Amazon, Facebook (Meta) und etlichen anderen, deren Geschäft auf IT beruht – Hard- wie Software. Das hat Produktionsprozesse ganz allgemein und die darin erzeugten Produkte – nicht nur

der „Investitionsgüter“, sondern auch des alltäglichen Konsums von Lohnarbeiter:innen – revolutioniert ... der Autoindustrie und anderer traditioneller Industrien.⁴ Damit verbunden war auch eine weitere Ausdifferenzierung der besitzenden Klassen, wie der lohnarbeitenden Klasse (jede Menge neuer Berufe und Ausbildungen: Programmierer, Administratoren, Web-Designer usw. usf.)

Auch auf Seiten der besitzenden Klassen ist also „Homogenität“ – wenn man so will – sozusagen verloren gegangen, hat es weitere Ausdifferenzierung gegeben. Auch das führt zu Interessenkonflikten zwischen den verschiedenen Sorten von KapitalbesitzerInnen. Eine „Klassenpolitik“, also eine Politik im Interesse der besitzenden Klassen, hat dieser Mangel an „Homogenität“ nicht unmöglich gemacht.

In entscheidenden Grundsatzfragen, wie etwa der Besteuerung von Besitz und Einkommen, ziehen sie allemal an einem Strang, finden jedenfalls in ihrer großen Mehrheit zusammen und nehmen Einfluss auf die staatliche Politik, um ihre Interessen speziell gegenüber den Lohnarbeiter:innen Geltung zu verschaffen. **Alle Ausdifferenzierung von Eigentümern und deren Interessen änderte nichts wesentliches an ihrem Klassenbewusstsein!!! Die entsprechende Klassenpolitik dreht sich um Bewahrung und Entwicklung von Privateigentum, wie sich eine Politik im Interesse der lohnarbeitenden Klasse in der Kritik am Privateigentum und den Interessen der besitzenden Klassen beweisen muss.**

Speziell zum veränderten, ausdifferenzierten Aussehen der Klasse der Lohnarbeiter:innen:

Die folgt grundsätzlich auch der Entwicklung von Arbeitsteilung, die immer neue „Jobs“ und Qualifikationen hervorbringt und verlangt. (Ich spreche hier zunächst nur von der Ausdifferenzierung im Zuge des ökonomischen Wachstums des Kapitals!!) Schon aus dieser Entwicklung ergibt sich eine Ausdifferenzierung der Löhne und damit unterschiedlicher Reproduktionsniveaus, also unterschiedlich große Spielräume für individuelle Lebensgestaltung. Die Lohnpolitik der weitgehend verbürgerlichten Gewerkschaften in Deutschland hat diesen Prozess

4 Der von euch immer wieder zitierte Krüger und auch Bischoff von den SOST beklagen stets aufs Neue, dass noch keine neue „gesellschaftliche Betriebsweise“(Marx) entstanden sei. Sie beklagen, dass es keine „beschleunigte Kapitalakkumulation“ wie nach Weltkrieg 2 gäbe, eben weil eine solche neue „gesellschaftliche Betriebsweise“ fehle, die die Grundlage für einen solchen Aufschwung bilde. Tatsache ist, dass es diese neue auf der IT basierende „gesellschaftliche Betriebsweise“ längst gibt (in Gestalt der revolutionierten Produktionsmethoden und der revolutionierten Produkte)... allerdings ohne den erhofften Aufschwung, das Durchstarten des Kapitals im Weltmarkt zu ungebremstem Wachstum. Der außergewöhnliche Aufschwung nach Weltkrieg 2 basierte jedoch wesentlich eben nicht auf einer neuen „gesellschaftlichen Betriebsweise“, sondern auf den Resultaten von großer Weltwirtschaftskrise, Depression und Krieg mit der entsprechenden Kapitalvernichtung. Ein solcher Aufschwung wäre auch nur wieder möglich unter ähnlicher Voraussetzung, also nach gigantischer Entwertung und Vernichtung von Kapital. Davon wollen die beiden Apostel „sozialistischer Marktwirtschaft“ aber nichts wissen.

durch das Festhalten an Prozentforderungen und -abschlüssen noch verstärkt. In den 1970er Jahren gab es mal eine recht ansehnliche Gegenbewegung, die verlangte auf Festgeldbeträge umzuorientieren. Die fand auch einige Unterstützung bis hinein in die Sozialdemokratie, konnte sich aber nicht durchsetzen. Der Verzicht auf Prozentforderungen und die Umorientierung auf Festgeldforderungen wäre ein wichtiger Beitrag zur Endwicklung einer elementaren „Klassenpolitik“, die der Spaltung entgegenwirkt.

Aber egal ob Prozentforderung oder Festgeldforderung, die Löhne der Masse der Lohnarbeiter:innen in den entwickelten Ländern sind in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg sehr stark gestiegen und haben zu einem Reproduktionsniveau geführt, dass weit weg ist vom physischen Existenzminimum, das Marx als untere Grenze für den Wert der Ware Arbeitskraft bezeichnete.

Der Form nach hatte sich die Reproduktion der Klassen der Lohnarbeiter:innen schon verändert allein durch die Einführung etwa der gesetzlichen Krankenkasse, der gesetzlichen Rentenversicherung und der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung. Zu den Nettolöhnen gesellten sich damit „Transferleistungen“ im Notfall. Solange aber die Löhne auf einem jämmerlich Niveau liegen, liegen auch die entsprechenden auf dem Bruttolohn aufbauenden Leistungen der Sozialversicherungen auf einem jämmerlichen Niveau. Das ändert sich, wenn die Bruttolöhne entsprechend steigen. Irgendwann kann man dann tatsächlich etwa von der Rente leben, ohne seine Arbeitskraft auch noch im Alter anbieten zu müssen. Dazu war aber in Deutschland auch eine Reform der Adenauer-Regierung 1957 nötig. Sie ersetzte die kapitalgedeckte Rente, bei der viele alles verloren hatten, durch die umlagefinanzierte Rente. Diese Rente war nicht zuletzt Produkt der Systemkonkurrenz und sollte die drohende Altersarmut in Westdeutschland vermeiden ... mit Erfolg ... und ermöglichte so einen großen Wahlerfolg der CDU 1957. Durch diese Rentenreform wurde das Rentenniveau spürbar angehoben. (Das Rentenniveau zuvor war in der DDR besser als in der BRD.)

Im Zusammenhang mit verbesserten Reproduktionsformen, in denen die gesamte Reproduktion nicht mehr reine Privatsache war, war natürlich die 1957 in der Metallindustrie auch für ArbeiterInnen erkämpfte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall von großer Bedeutung. Sie wurde 1969 per Gesetz allgemein. War schon das Krankengeld der Krankenversicherung ein Fortschritt, so noch mehr die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ... wenigsten für ein paar Wochen. (Die SDAPR hatte schon 1903 die Forderung in ihrem Programm, dass die KapitalistInnen für die Dauer der Krankheit den Lohn weiter zahlen sollten!)

Widersprüche der Kapitalakkumulation, „chronische Überakkumulation“ und das Reproduktionsniveau der lohnarbeitenden Klasse

Der Mangel an Klassenbewusstsein unter Lohnarbeiter:innen in Deutschland ist weniger bedingt durch mangelnde Homogenität der Klasse, als durch das Niveau, auf dem sich Lohnarbeiter:innen heute in den entwickelten Ländern reproduzieren ... was mit den gesellschaftlichen Formen dieser Reproduktion zusammenhängt. Die Frage nach der Perspektive einer kommunistischen Klassenpolitik ist letztlich, wie stabil dieses gehobene Reproduktionsniveau ist. Bleibt es auf dem hohen Niveau oder wird es gar noch weiter angehoben, dann gibt es keine Aussicht auf eine „proletarische Revolution“. Klassenpolitik bliebe auf Reformen beschränkt. Die Frage der Perspektive lässt sich nur beantworten durch Entwicklung einer zeitgemäßen Kritik der politischen Ökonomie. Und damit wären wir bei der Fragen der Überakkumulation und ihren Perspektiven, die ihr in euren Thesen anspricht.⁵ Da heißt es etwa unter Bezugnahme auf Stefan Krüger:

*„Die **chronisch gewordene Überakkumulation von Kapital ist Resultat dieser gesteigerten Produktivkraft und der dadurch hervorgerufene Verminderung des variablen Kapitals, wodurch sich ein Widerspruch zwischen Produktivkraft und Verwertung eröffnet hat. Durch den Mangel an akkumulierbarer Mehrwert bzw. Profitmasse kann die produktive Beschäftigung nicht ausgeweitet und dadurch auch die Wertschöpfung und Profitmasse nicht gesteigert werden.** (Krüger 2010, 444ff.)“*

So, wie ihr es hier formuliert habt, ist das falsch! Richtig ist lediglich der Hinweis darauf, dass Überakkumulation ein Produkt des Widerspruchs zwischen gesteigerten Produktivkraft und Verwertung von Kapital ist. Eine solche Überakkumulation entsteht im Verlaufe jedes Zyklus ... und sie verschwindet auch wieder durch die Krise.⁶ „Chronisch“ kann Überakkumulation überhaupt nur durch Eingriffe von außen werden, durch Eingriffe der Regierung, des Staates und durch Eingriffe der Notenbanken. Diese Eingriffe sorgen dann dafür, dass die Krise nicht spontan ihr Werk verrichten oder ihr Werk nicht zu Ende führen kann. Die Eingriffe sorgen dafür das überakkumulierte Kapital nicht vollständig entwertet und vernichtet wird, sondern teilweise erhalten bleibt. (Sie **konservieren** Überakkumulation!!) Der unkontrollierte, spontane ökonomische Prozess des Wechselspiels von Angebot und Nachfrage wird durch verschiedene Maßnahmen unterbrochen, die insgesamt die Nachfrage stützen. Von dieser Seite her wird die

5 Aus meiner Sicht steckt euer Text über die kapitalistischen Entwicklung auch voller unaufgelöster Widersprüche, mit denen ich mich aber nicht im Detail auseinandersetzen werde. Ich halte mich an ein paar markante Thesen, die ich für falsch halte.

6 Eine angemessene Berücksichtigung des Zyklus fehlt komplett in ihrer Darstellung. Die „chronische Überakkumulation“ hat nämlich nichts am zyklischen Verlauf der Kapitalakkumulation geändert.

Entwicklung der ökonomischen Widersprüche entschärft und damit zugleich die Entwicklung der sozialen Widersprüche zwischen den Klassen.

Man habe in den Abgrund geschaut, sagte Finanzminister Steinbrück im Verlauf der Krise 2007-2009. Und in der Tat wäre von den Verhältnissen vermutlich nicht so viel übrig geblieben, die die Reproduktion der Lohnarbeiter:innen in den entwickelten Ländern auf ein so hohes Niveau gebracht hatten. Hätte man speziell die großen Einzelkapitale der „Realwirtschaft“ (wie GM), der Versicherungswirtschaft und der Banken, die vor dem Aus standen, „spontan“ Pleite gehen lassen, dann hätte das erhebliche Konsequenzen gehabt und die Massenarbeitslosigkeit in den entwickelten Ländern hätte explosionsartig zugenommen ... mit weitreichenden Konsequenzen für den „Sozialstaat“. Hätte man in Deutschland nicht die Kurzarbeit so massiv ausgeweitet und verlängert, wären die Geldeinkommen von Lohnarbeiter:innen massiv eingebrochen usw. usf.. Das Potential der Krise war groß genug, um die Verhältnisse gründlich zu erschüttern und auch in großen Nationalökonomien Zustände zu erzeugen, wie sie wenig später in Griechenland zur Realität wurden. Dies alles ist natürlich nur die halbe Wahrheit ... aber ein wichtiger Teil der Wahrheit, die man zur Kenntnis nehmen muss.

Warum halbe Wahrheit? Weil die Krise zwar nicht so tief und ausgeprägt wurde, wie sie es hätte werden können, bei spontanem Gang der ökonomischen Entwicklung, aber eine Krise war es trotzdem ... mit den entsprechen Folgen der Verschlechterung der Arbeits- und Lebensumstände auf Seiten der Lohnarbeiter:innen. Auch Kurzarbeit etwa verringert die Geldeinkommen von Lohnarbeiter:innen. Der Druck unbezahlte Überstundenarbeit zu leisten vergrößerte sich, die „Restrukturierungsmaßnahmen“ der Einzelkapitale erhöhten den Leistungsdruck usw. usf.

Mir geht es hier auch gar nicht darum, das systematisch zu entwickeln, sondern um die Widersprüchlichkeit der Entwicklung, die es zu berücksichtigen gilt ... woran es speziell bei Revolutionären heute so sehr mangelt.

In dem Zitat weiter oben wird von der „chronischen Überakkumulation“ ebenfalls behauptet, sie ließe ein Wachstum der produktiven Beschäftigung und damit ein Wachstum der Wertschöpfung und Profitmasse nicht zu. Wenn man mit dieser Art von „chronischer Überakkumulation“ den „Weltkapitalismus“ charakterisieren will, wie er sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, dann ist das komplett falsch. Tatsächlich konnte die produktive Beschäftigung im Weltmaßstab weiter ausgeweitet werden und tatsächlich wurden Wertschöpfung und Profitmasse durch die Öffnung Chinas, Vietnams und dem Zusammenbruch des „sozialistischen Lagers“ enorm gesteigert. Es wurden Wege eröffnet für die ausgedehnte Neuanlage überakkumulierten Kapitals. Ihr erwähnt diese Wege auch, ohne dass euch dabei auffällt, dass das eurer Kennzeichnung der „chronischen Überakkumulation“ widerspricht. Durch diese Öffnung sind nicht nur neue Investitionsmöglichkeiten, sondern auch Absatzmärkte für die Waren erschlossen worden. Profitable Anlage suchendes Kapital fand Anlagemöglichkeiten und Märkte für die so erzeugten

Waren. Hinzu kamen die „Privatisierungssorgien“ (speziell kommunales Eigentum) etwa in europäischen Ländern.

Gerade weil es diese „Ventile“ für Überakkumulation gab, war und ist die Überakkumulation nicht absolut, sondern relativ. Ihr kennzeichnet die „chronische Überakkumulation“ als absolute und da gäbe es solche Ventile nicht mehr und dann würde sich die Sache so darstellen, wie ihr meint ... nur noch Verdrängungswettbewerb ohne Wachstum der „Wertschöpfung“ und Profitmasse. Weil die Überakkumulation nicht absolut war und ist, drückt sich speziell auch darin aus, dass der Zyklus als grundlegende Bewegungsform der Kapitalakkumulation erhalten blieb; also verkürzt ausgedrückt: der periodische Wechsel von Wachstum und Krise.

Bei relativer Überakkumulation findet das Wachstum des Kapitals statt mit einer auf niedriges Niveau gesunkenen Profitrate. Aber die Akkumulation wälzt sich fort weniger im Verhältnis zu seiner Rentabilität als in Verhältnis zu seiner Größe. (Marx) Ich habe diese Frage relativ ausführlich diskutiert in meinem Arbeitsmanuskript über das Verhältnis zwischen Profitrate und Profitmasse in ihrer Bedeutung für die Kapitalakkumulation.⁷ Exemplarisch habe ich das verdeutlicht mit Bezug auf die Autoindustrie. An ihr kann man studieren, wie das läuft. Obwohl die Autoindustrie eine deutlich geringere Profitrate abwirft, als die übrige „gewerbliche Wirtschaft“, findet keine „Kapitalflucht“ aus dieser Branche statt, und die Konzerne haben keine großen Schwierigkeiten sich an den „Kapitalmärkten“ zu bedienen. Ob Anleihen ausgegeben werden oder neue Aktien, die Anleger greifen gerne zu. (Diese Geschichte hat auch ihre Bedeutung für die Ausgleichung der Profitrate innerhalb von Nationalökonomie, worauf ich ebenfalls in einem begleitenden Manuskript hingewiesen habe.⁸)

Abschließend zu euren Ausführungen zur Kapitalakkumulation:

Ihr sprecht unausgesetzt und durchgängig von einer Zuspitzung, Verschärfung der Widersprüche.

Weltweit seht ihr nur die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Lohnarbeiter:innen. Dass niedrige Löhne Ausgangspunkt für dynamische Kapitalakkumulation sind und damit zugleich Ausgangspunkt für ein Ansteigen der Löhne, für eine allmähliche Anhebung des Reproduktionsniveaus von Lohnarbeiter:innen schließt ihr kategorisch aus.

Ich verweise hier nur auf China, dessen Entwicklung mit steigendem Reproduktionsniveau von Lohnarbeiter:innen diese Entwicklung der Kapitalakkumulation eindrucksvoll bestätigt, Wir haben es nicht durchgängig und überall mit Verschlechterungen zu tun!! Für das Ansteigen des Reproduktionsniveaus zahlen die Lohnarbeiter:innen einen hohen sozialen Preis,

7 https://www.robert-schlosser.de/Web_Buchprojekt/_private/Diskussion%20um%20Profitrate.pdf

8 https://www.robert-schlosser.de/Web_Buchprojekt/_private/Die%20Multis%20und%20die%20Profitrate.pdf

etwa mit „996“, also täglicher Arbeit zwischen 9 und 21 Uhr an 6 Tagen die Woche. Aber leugnen lässt sich das nicht.

Bei euch findet sich folgende bemerkenswerte Einschätzung:

*„Mitte der 1980er **kommt es aufgrund der verbesserten Verwertungsbedingungen zu einem erneuten Aufschwung der Weltwirtschaft.** Die Steigerung der Profitrate wurde jedoch nicht durch eine **nachhaltigen Verschiebung in den Verwertungsverhältnissen** erzielt, also aus einer hinreichenden Entwertung von Kapital und einer entsprechenden Reproportionierung der verschiedenen Momente der gesellschaftlichen Reproduktion, sondern vor allem durch die Verschärfung der Ausbeutung, mithin den Rückgriff auf Formen absoluter Mehrwertproduktion bei gleichbleibender wertlicher Basis (Verlängerung der Arbeitszeit, Lohnsenkungen, allg. cost-cutting) und die Ausweitung des Welthandels. **Der Preis, zu dem dieser Aufschwung erkaufte wurde, ist jedoch eine massive Verschärfung der Klassengegensätze, eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der stärksten Fraktionen der Bourgeoisie. Damit stranguliert sich die Akkumulation aber selbst, indem sie die Masseneinkommen und damit den Markt zunehmend beschränkt.** Die Schere zwischen akkumuliertem Kapital und der gesamtgesellschaftlichen Nachfrage weitet sich. **Hieran zeigt sich, dass eine auf Kosten der Löhne maximal gesteigerte Profitproduktion keine wirtschaftliche Dynamik entfesseln kann, da diese durch Schwierigkeiten in der Realisierung des Warenprodukts an Grenzen stößt.** Obwohl das sogenannte neoliberale Programm mithilfe, die Profitrate wieder etwas zu heben, gelang dies doch nur auf dem Rücken der Lohnabhängigen und ohne die tiefer liegende Überakkumulation von Kapital zu überwinden. Stattdessen trug die Politik so zur **erneuten Vertiefung der sozialen Widersprüche** nach einer Phase relativer Abflachung während des Fordismus in den kapitalistischen Zentren bei.“*

Immerhin spricht ihr hier von einem Aufschwung der Weltwirtschaft, den ich bei eurer „chronischen Überakkumulation“ nicht mehr erwartet hätte. Aber woher wisst ihr, was „hinreichende Entwertung von Kapital“ ist, und was eine „nachhaltige Verschiebung in den Verwertungsverhältnissen“??? „Nachhaltig“ ist in der kapitalistischen Ökonomie gar nichts!! Es handelt sich immer nur um Korrekturen in den „Verwertungsverhältnissen“, die meist nur für einen Zyklus wirksam sind. Ich will jetzt auch nicht diskutieren, was in den 1980er Jahren noch so alles passierte, etwa mit der Durchsetzung der CNC-Technologie von Werkzeugmaschinen. Ich bestreite aber entschieden, dass sich hieran zeige, „**dass eine auf Kosten der Löhne maximal gesteigerte Profitproduktion keine wirtschaftliche Dynamik entfesseln kann**“!!! Grundsätzlich stranguliert sich Kapitalakkumulation durch niedrige Löhne nicht selbst, sondern nimmt immer davon ihren Ausgangspunkt. Das gilt sowohl für Länder mit „nachholender Industrialisierung“, als auch im Fortgang der Kapitalakkumulation nach jeder Krise. In der BRD wurde

erst Mitte der 1950er Jahre wieder das Lohnniveau von 1936 erreicht. Die niedrigen Löhne bildeten eine entscheidende Grundlage für die anspringende Kapitalakkumulation und das „Wirtschaftswunder“. Die niedrigen Löhne waren und sind wesentliche Grundlage für die kapitalistische Industrialisierung in Ländern wie China. Die Ausdehnung des Marktes erfolgt mit der anspringenden Kapitalakkumulation selbst, nicht auf Basis hoher individueller Löhne, sondern auf der Basis sich mehr oder weniger sich rasant ausdehnender Anwendung von Lohnarbeit zu niedrigen oder gesunkenen Löhnen. Nicht die hohen Einkommen der Massen, sondern das nunmehr in Massen entstehende Einkommen mit niedrigen Löhnen weitet zunächst den Markt für Konsumgüter aus! **Das linkskeynesianische Märchen, wonach hohe Löhne „wirtschaftliche Dynamik entfesseln“ ist falsch. Hohe Löhne entstehen erst auf Grundlage der „entfesselten wirtschaftlichen Dynamik“. Sie werden im Zyklus dann jeweils „Sturmvoegel der Krise“(Marx).** Ich gehe mal davon aus, dass auch dieser Abschnitt, an dem ich mich hier reibe, wesentlich von Krüger übernommen ist, der allerdings im Gegensatz zu euch verzweifelt danach Ausschau hält, wie man wieder zu einer „beschleunigten Kapitalakkumulation“ wie nach Weltkrieg 2 kommt; mit einem Zyklus ohne wirkliche Krisen, als Grundlage für „sozialistische Marktwirtschaft.

Diese permanente Zuspitzung der ökonomischen und sozialen Widersprüche nach der Krise 1974/75, die angebliche Permanenz der Krise von Kapitalverwertung existiert nicht. Weil das so ist, haben wir hierzulande auch immer noch einen funktionierenden „Sozialstaat“, mit dem die Leute leben können und der die Ausbildung von Klassenbewusstsein bei einer Masse von Lohnarbeiter:innen mindestens behindert, wenn nicht verhindert.

Die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die enormen Fortschritte in der Arbeitsproduktivität haben eine unüberschaubare Vielfalt gerade auch an Konsumgütern hervorgebracht, die als Massenprodukte zu niedrigen Preisen dem Gros der Lohnarbeiter:innen der entwickelten Länder zugänglich ist. Wenn ich als „Arbeiterkind“ zurück denke an die späten 50er und frühen 60er Jahre, die ich schon sehr bewusst erlebt habe, dann bin ich immer wieder tief beeindruckt von den Veränderungen des Alltags, der Ausweitung unseres Konsums, der Vielfalt auch an Genüssen, die Lohnarbeiter:innen zugänglich sind. Diese Vielfalt des Konsums ist zugleich wesentliche Grundlage von Individualismus und hedonistischen Einstellungen; mag der Genuss auch aus gesundheitlichen und ökologischen Gründen noch so zweifelhaft sein.

Gepaart mit Verlängerung der Ausbildungszeit von Jugendlichen, einer verlängerten Lebenserwartung und einer Rente, die für viele einen ganzen Lebensabschnitt im Alter lebenswert macht, einer 5-tägigen Arbeitswoche, einem 8-stündigen Arbeitstag, 6 Wochen bezahlten Urlaub, lässt das alles heute kaum revolutionäre Bestrebungen unter Lohnarbeiter:innen aufkommen, die „ihrem

Elend“ ein Ende machen wollen. Wenn dann noch die kommunistischen Alternative kaum vorstellbar ist, oder als Gruselbild des Staatssozialismus daher kommt, macht das den Gedanken an soziale Revolution auch nicht attraktiver.

Ein paar Schlussfolgerungen bezüglich der Perspektiven einer „kommunistischen Klassenpolitik“

Eine kommunistische Partei – wie sie einigen der Leipziger Initiative vorschwebt –, die viele Lohnarbeiter:innen organisiert und auf noch mehr Einfluss hat, liegt in weiter Ferne. Sie könnte – ob in der überlieferten Form wünschenswert, sei erstmal dahin gestellt – aus meiner Sicht überhaupt nur entstehen im Gefolge großer Krisen, die die heutigen Zustände grundlegend erschüttern. Sich diese Krisen herbeizureden, einschließlich der entsprechenden Zuspitzung sozialer Widersprüche und Kämpfe, bringt nichts!

Es bringt auch nichts, den Mangel an Klassenbewusstsein, aus der „Heterogenität der Klasse“ erklären zu wollen. Dass sich alte Milieus von Industriearbeiter:innen in ihren Wohnquartieren zusammen mit diesen Wohnquartieren aufgelöst haben, ist eine Tatsache. Sie vor allem waren die Basis für die sozialdemokratische und kommunistische Bewegung des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts. Diese Milieus kommen nicht wieder, sowenig wie die Homogenität in den Wohnquartieren. Dass die „Heterogenität der Klasse“ keinesfalls Verständigung über gemeinsame Interessen ausschließt, dafür sprechen nicht nur Meinungsumfragen etwa zum Mindestlohn oder zur Rente.

Auch in der Berliner Kampagne „Deutsche Wohnen enteignen“ wurden Klasseninteressen deutlich, die sich in entsprechender Zustimmung ausdrückten. Wer stets Zustimmung zur Revolution erwartet und verlangt, der wird keine Grundlagen für „kommunistischen Klassenpolitik“ entwickeln können. Wenn man sich Grundlagen für eine „kommunistische Klassenpolitik“ schaffen will, dann braucht man vor allem konkrete Kenntnis der die Klasse prägenden Arbeits- und Lebensverhältnisse, muss gründliche Kritiken ausarbeiten und zentrale Forderungen entwickeln, die eine Verständigung ermöglichen.

Nur aus der konkreten Kritik gewinnt man auch halbwegs klare und nachvollziehbare Vorstellungen für notwendige Übergangsmaßnahmen in einer beginnenden sozialen Revolution.

Grundlagen für eine „kommunistische Klassenpolitik“ zu entwickeln, das bedeutet heute aber natürlich vor allem eine Reformulierung grundlegender kommunistischer Ziele, die ihre Lehren vor allem aus der Kritik des Staatssozialismus zieht.

Das sind also ganz positive Sachen, die es anzugehen gilt. Die Probleme, die damit zusammenhängen sind nicht gelöst ... und letztlich muss die Zahl der Leute, die mitmachen, eine kritische Masse überschreiten, unterhalb der man gar nicht von „kommunistischer Klassenpolitik“ sprechen sollte.

Wer ernsthaft meint, die Heterogenität der Klasse verhindere eine homogene Strategie zur Überwindung des Systems der Lohnarbeit, der dürfte sich längst von einer Perspektive der Selbstbefreiung der Klasse der Lohnarbeiter:innen verabschiedet haben, weil diese Heterogenität nichts ist, was man wieder rückgängig machen könnte. (Diese Heterogenität hat auch ihre positiven Seiten gegenüber der Homogenität des alten Industrieproletariats!)

Die positiven Ansatzpunkte für eine „kommunistische Klassenpolitik“ wären in der Zeit des hemmungslosen Neoliberalismus die Privatisierung und die Konterreformen im Bereich Krankenversicherung (Ökonomisierung durch Fallpauschalen etc.), Arbeitslosenversicherung (Agenda 2010) und Rentenversicherung (Verlängerung der Lebensarbeitszeit) gewesen ... nicht der Widerstand einzelner Belegschaften gegen Werksschließungen und Massenentlassungen, der Kampf um jeden Arbeitsplatz, wie er speziell von der MLPD bei jeder Gelegenheit propagiert wird und letztlich auch von der „Gewerkschaftslinken“ unterstützt wird!!! Viele radikale Linke setzen eben noch immer ganz auf die Radikalisierung eines ökonomischen Kampfes, in dem die ökonomische Befreiung der Klasse selbst keine Rolle spielt (überwiegend betriebliche Kämpfe, in denen es um höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und letztlich um den Erhalt von Lohnarbeitsplätzen geht). Sie haben aus meiner Sicht nicht verstanden, was Klassenkampf ist! Der Klassenkampf muss die Form des politischen Kampfes annehmen ... bei Reform und Revolution ... als Kampf der Klasse zur Durchsetzung von allgemeinen Interessen, die in allgemein verbindlicher Form durch Erzwingung von Gesetzen oder Erkämpfung von politischer Macht. Diese Linken erklären auch betriebliche, ökonomische Kämpfe zu Klassenkämpfen, die es in Wirklichkeit nicht sind!!

Es war in Anbetracht des Sektierertums nicht anders zu erwarten, als dass diese Entwicklung des hemmungslosen Neoliberalismus „verschlafen“ wurde ... und manche Gelegenheit kommt eben auch nicht so einfach wieder. Das grundlegende Problem der Linken besteht heute darin, dass die Reformisten sich als Verteidiger des „Sozialstaates“ aufspielen, was sie nicht wirklich sein können und auch tatsächlich nicht sind, und dass die Revolutionäre im „Sozialstaat“ eine perfide Erfindung der besitzenden Klassen sehen, auf dessen Kritik man sich konzentrieren müsse. Die Entwicklung einer „kommunistischen Klassenpolitik“ ist so ganz ausgeschlossen.

Robert Schlosser
November 2022